

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schullinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Belagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmärkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

Verantwortungsbereich: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag.
Anzeigenpreis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 1.25, bei Abnahme bis zum Monatsende Mk. 1.50, durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.75, mit Zustellungsgebühr.
Die Abonnenten, Postboten, sowie Zeitungsausleger und die Geschäftsleute des Ortes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Polizeibehörde: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverwaltungsstelle Bischofswerda Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die dreispaltige Originalzeile (Zim. No. 14) oder deren Raum 3.— Mk., tägliche Anzeigen 2.50 Mk. Im Einzelteil (Zim. No. 14) 8.— Mk. die dreispaltige Zeile. Bei Anzeigen von mehr als 10 Zeilen nach feststehenden Sätzen. — Umkleen Anzeigen die dreispaltige Zeile 6.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 108.

Mittwoch, den 10. Mai 1922.

76. Jahrgang.

Das Ende der Entente?

Die Konferenz von Genua vor dem Zusammenbruch.

Lord George hat das hohe Spiel gewagt. Es ist heute kein Zweifel mehr erlaubt, daß die Konferenz von Genua eine Fehlschlag gewesen ist, die dem zukünftigen Europa ein großes Gefährdungsgebiet gibt.

Als Barthou von seiner Pariser Reise zurückkehrte, gab er dem französischen Pressevertretern ein Frühstück, und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, die man nur als die Bemerkung der französischen Unbeugsamkeit auffassen konnte. Mit voller Rücksichtnahme er den Willen Frankreichs zur Einigkeit und zur Rettung der Konferenz, aber er gab in der Sache nicht um Haarebreite nach. Unterdrückte vielmehr die Forderung der Franzosen, daß die Sowjetregierung sofort bündige Antworten geben müsse und lehnte jede weiteren Verhandlungen mit der Sowjetdelegation rundweg ab. Dem britischen ersten Minister sind in dieser Lage nur noch zwei Möglichkeiten geblieben: Entweder er rügt sich den Willen der Franzosen; dann ist die Konferenz von Genua zu Ende, und Lord George kehrt mit einem reifen Rückblick nach London zurück. Es versteht sich von selbst, daß er damit nicht nur das englische Volk, sondern auch seine eigene politische Stellung zum Opfer bringen würde. Es ist nicht anzunehmen, daß er diesen Weg beschreiten wird. Nach den vorliegenden Meldungen muß man vielmehr davon überzeugt sein, daß er aus der unvorzähligen Haltung der Pariser Regierung die Folgerungen ziehen wird. Alle Lord George nachstehenden Blätter berichten übereinstimmend, daß die

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Entente mit Frankreich zu Ende

Aus Sachsen.

Eine Rede Dipinskis.

Am Freitag sprach der Minister des Innern Dipinski in einer stark besuchten Parteiverammlung im großen Saal des Zoologischen Gartens in Leipzig über: Die politische Situation.

Die Revolution hat, so führte der Minister aus, den äußeren Reich des Staates verändert, aber nicht seine innere Struktur. Wollte man diese verändern, so müßte die erste Arbeit die sein, der Regierung vertrauensvolle Leute zu geben, die sich dem Verwaltungsauftrag hingeben. Die Personalpolitik müsse also so eingestellt werden, daß die entscheidenden Stellen mit zuverlässigen Beamten besetzt werden, die sich auf die neuen Verhältnisse eingestellt haben. Das habe er, der Minister, getan und werde es auch weiter tun. Weiter sei zur Veränderung der inneren Struktur des Staates die Umstellung der Verwaltung notwendig; sie werde vorbereitet. Als drittes sei für diesen Zweck erforderlich, daß den Gemeinden die Selbstverwaltung gegeben werde.

Angeht die Gesamtlage habe die Regierung gar keinen Anlaß, irgendeinen Posten aufzugeben, auf den Angehörige der Partei gestellt worden seien. Die Mehrheit von zwei Stimmen sei sicher keine solide Grundlage für die Regierung; doch sei die Zustimmung berechtigt, daß eine Landtagsneuwahl eine starke sozialistische Mehrheit im Landtag bringen werde, weil die letzte Landtagswahl unter außerordentlich ungünstigen Umständen für die Arbeiterpartei stattgefunden habe. Insofern hätte man in der Regierung also keinen Grund, einer Neuwahl aus dem Wege zu gehen; dafür hätte man politische Gründe.

Über den Volksentscheid sagte der Minister: Bis alle Vorarbeiten erledigt sind, vor November, werden wir wohl nicht zum Volksentscheid kommen.

Dresden, 9. Mai. Neue Amtshauptleute. Regierungsrat Dr. Jungmann von der Amtshauptmannschaft Borsig ist durch Beschluß des Gesamtministeriums zum Amtshauptmann von Bautzen und der Dresdner Stadtverordnetenrat Ruhn ist zum Amtshauptmann von Großenhain ernannt worden. Zum Kreisamtspräsidenten von Chemnitz war Ministerialdir. Dr. Streit vorgesehn. Dr. Streit hat jedoch abgelehnt, aus Gründen pers. Natur von seiner Ernennung abzusehen. Die Frage der Besetzung der Kreisamtspräsidenten Chemnitz bleibt infolgedessen noch offen. — Amtshauptmann Ruhn ist Raarremacher, war dann sozialdemokratischer Parteimitglied für Ostschlesien, gehörte der Volkskammer als sozialdemokratischer Abgeordneter an, trat dann in das Ministerium Gradowner als Minister des Innern ein und mußte bei dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung diesen Posten an Dipinski abgeben. Gegenwärtig gehört Ruhn dem sächsischen Landtag an und war seit Beginn dieses Jahres Stadtverordnetenvorsteher von Dresden. — Die Ernennungen bewegen sich diesmal auf einer mittleren Linie, unter den drei neuen Amtshauptleuten befindet sich nur ein Sozialist. Die Forderung der Chemnitzer Sozialisten auf Berufung des Stadtrats Marbis zum hiesigen Kreisamtspräsidenten scheint man nicht erfüllen zu wollen.

Dresden, 9. Mai. Der zweite Todesfall an Desinfektionsgift. Wie noch crinnerlich, war vor kurzem in einem großen Dresdner Hotel am Hauptbahnhofe ein aus Berlin zugereister Kaufmann morgens in dem nachher durch einen Kammerjäger desinfizierten Zimmer tot aufgefunden worden. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am Sonntag in

Keine Rückreise Dr. Wirths.

Berlin, 8. Mai. Die Blätter melden aus Genua, daß im gegenwärtigen Stadium der Konferenz an eine Reise des Reichskanzlers zur Berichterstattung nach Berlin auch nur für einige Tage nicht zu denken sei. Die augenblicklich schwebenden Verhandlungen machten die Anwesenheit des Kanzlers in Genua dringend notwendig. Wie die Blätter ferner melden, ist die Reise des Reichsfinanzministers Dr. Hermes nach Paris grundsätzlich beschlossen worden. Wann er die Reise antritt, steht aber noch nicht fest. Wie „Die Zeit“ mitteilt, wurden die Fraktionsführer des Reichstages für Dienstag nachmittag zu einer Besprechung in die Reichskanzlei geladen, wobei ihnen über die Lage in Genua Mitteilung gemacht werden soll.

Der Kanzler vermittelt bei Rußland.

Berlin, 8. Mai. Der Sonderberichterstatter des Licht-Wochenblattes meldet aus Genua: Nachdem der Kanzler gestern mit Lord George eine Aussprache hatte, hat er heute die Vermittlungsrolle bei den Russen weitergeführt und sich ausführlich mit Tschitscherin über die Haltung der Russen bezüglich des Memorandums ausgesprochen. Nach dieser Unterredung ist Tschitscherin bei Lord George gewesen. Von dem Ergebnis dieser Unterredung wurde zweifellos eine Wendung in der russischen Frage erwartet.

Die Zwangsanleihe.

Der Entwurf des Ausführungsgesetzes für die Zwangsanleihe, für den wesentliche Einzelheiten schon bei den interfraktionellen Besprechungen über das Realengesetz zum Steuerkompromiß erörtert wurden, ist in diesen Tagen an das Reichskabinett gegangen, um dem Reichstag möglichst bald nach seinem Wiedereröffnungstermin wieder vorgelegt werden zu können. Einige Blätter teilen aus den für das Ausführungsgesetz ausgearbeiteten Vorentwürfen Einzelheiten mit, die unsern Wissens zum Teil überholt sind, zum Teil überhaupt nicht zutreffen. Bis jetzt dürfte feststehen, daß als Grundlage der Veranlagung zur Zwangsanleihe das Vermögen der natürlichen und juristischen Personen in Betracht kommt, die am 1. Mai 1923 vermögenssteuerpflichtig werden, für die Ein-